

Nummer 55 - Januar/Februar 2026



Das Leben in Karben wird immer teurer! Die Mieten in unserer Stadt sind - neben Bad Vilbel - die höchsten im Wetteraukreis. Dazu wurden beinahe alle städtischen Gebühren erhöht. Wird der Stadtslogan "Karben, hier lässt sich's leben" bald geändert? In: "Karben, hier können nur noch Wohlhabende leben"?

Die Gebühren steigen und steigen und steigen

Friedhofsgebühren
Müllgebühren
Abwassergebühren
Gebühren für Kinderbetreuung
Gebühren für das Hallenbad
Gebühren für Recyclinghof
Gebühren für Veranstaltungsräume

Lesen Sie Seite 2

Haushalt 2026: Unwürdiges Geschacher um den Gewaltschutz für Frauen

Die Linke hat wiederholt eine höhere finanzielle Beteiligung der Stadt für den Schutz vor häuslicher Gewalt beantragt. Leider nehmen die Übergriffe auf Frauen stetig zu.
Weiter auf Seite 2

Die Linke Karben kandidiert zur Kommunalwahl am 15. 3. 2026 für das Stadtparlament. Die Übermacht der CDU braucht dringend Opposition: Damit man draußen sieht, was drinnen vorgeht. Wählen Sie die Linke!



Gabi Faulhaber
Rentnerin, Sonder- und
Heilpädagogin



Sebastian Scholl
Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag

Fortsetzung von Seite 1

Unwürdiges Geschacher um den Gewaltschutz für Frauen

Laut Bundeskriminalamt ist die registrierte Zahl der Opfer um 17,5% angestiegen. 2024 wurden sogar 308 Frauen getötet. Die Täter sind oft (Ex-) Partner. Überwiegend mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Nimmt man Gleichberechtigung ernst, dann ist der Schutz von Frauen und Mädchen wesentlich.

Im westlichen Wetteraukreis bietet das Frauenhaus Schutz und Beratung an. Für den Haushalt 2026 beantragte die Linke deshalb eine Aufstockung der städtischen Zuschüsse um 5000 Euro. Das wurde als zu teuer abgelehnt. Alle Vereine würden betteln. Das könne man sich nicht leisten. Nach viel Geschacher erhöhte man den Zuschuss um 550 € auf 4000 € im Jahr. Aber 1,5 Millionen für einen Naturbadensee - das kann man sich offensichtlich leisten. Das sei ein Standortvorteil, meint die CDU. Frauenschutz anscheinend nicht.

Fortsetzung von Seite 1

Die Gebühren steigen und steigen und steigen

In Karben wurden in den letzten Jahren so ziemlich alle Gebühren erhöht. Die Linke im Stadtparlament hat gegen die Erhöhung gestimmt.

Für gut situierte Haushalte mag das kein Problem sein. Aber Normalverdiener und Menschen mit niedrigem Einkommen sind sowieso schon enorm belastet: durch die steigenden Lebensmittelpreise, Mieten, Energiepreise.

Die Stadt Karben steht finanziell noch gut da. Während 80% der Kommunen bereits den finanziellen Notstand ausrufen müssen, hat Karben noch Rücklagen. Natürlich sollte man das Geld nicht verschwenden. Aber wie geht man mit den Menschen um, die sich das Leben in Karben kaum noch leisten können?

Bei den Kita-Gebühren hat man die Ermäßigungen für die unteren Einkommensstufen abgeschafft. Andere entlastende Erleichterungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen gibt es nicht.

Wie alle anderen Kommunen erhält die Stadt Karben für ihre Aufgaben keine ausreichenden finanziellen Mittel von Land und Bund.

Der Bürgermeister sagt dann immer so schön: "Da muss die Politik was tun!" Aber wer ist "DIE POLITIK"? Ist die CDU in Land und Bund etwa nicht in der Regierung?

Berlin und Wiesbaden übertragen den Kommunen immer mehr Aufgaben, ohne für ausreichende Finanzierung zu sorgen. **Wer große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, kann den Kommunen nicht das Geld bereitstellen, damit sie ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen können. Und wer demnächst fast die Hälfte des Bundeshaushalts für Aufrüstung verpulvern will, schafft keine Zukunft für die Kommunen.**

Da wird Sparen nicht helfen. Und es wird noch viele weitere Gebührenerhöhungen geben.

Diese Forderungen nach mehr Geld für die Städte und Gemeinden sind unverzichtbar:

- Vollständige Entschuldung der Kommunen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Banken - ohne die Bevölkerung noch mehr zu belasten.
- Volle Kostenübernahme aller Kosten für Aufgaben, die den Kommunen übertragen werden. Insbesondere der Aufwendungen für den Bau, die Unterhaltung und Personalkosten für die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten.
- Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und eine deutliche Erhöhung der Mittel.
- Schluss mit der aufwendigen Beantragung von Fördermitteln, die sowieso nicht ausreichen, die nötigen Aufgaben anzupacken. Ausreichende Zuweisungen!
- Für extra Belastungen durch krisenbedingte und militärische Aufgaben (Heimat- und Katastrophenschutz) brauchen die Kommunen extra Unterstützung.

Antrag zum Haushalt 2026:

Für Soziale Räume und Treffpunkte

Die Gestaltung des öffentlichen Raums liegt unmittelbar in der Verantwortung der Kommune. Eine zukunftsfähige Stadtpolitik muss sicherstellen, dass öffentliche Räume allen gehören und alle sie nutzen können. Das fördert Begegnungen, Kontakte und sozialen Zusammenhalt.

Die Linke hat im Haushalt 2026 beantragt, in zentraler Lage Treffpunkte in den Stadtteilen einzurichten. Dort sollen sich Bürgerinnen und Bürger, jung und alt, be-

gegnen, ein Schwätzchen halten, beispielsweise Dame, Mühle oder Schach spielen oder einfach nur zusammensitzen können. Solche Treffpunkte müssen

nicht immer erst neu geschaffen werden. Es gibt bestehende Plätze, die mit geringen Mitteln zum Treffpunkt umgestaltet werden könnten. Zum Beispiel: Spielplatz Holtzmannstrasse/Petterweil; Spielplatz Röderweg/Groß-Karben; Brunnen an der Ecke Karbener Weg/Selzerbachweg; Platz beim Brunnen an der Treppe in Klein-Karben; am Lindenplatz in Rendel...

Wo es keinen vorhandenen Ort gibt, kann die Stadt gemeinsam mit den Ortsbeiräten nach passenden Stellen für Treffpunkte suchen. Sie sollten in der Sommerhitze schattig sein und angenehme Sitzmöglichkeiten für ältere Leuten bieten. Wichtig ist, dass die Treffpunkte so angelegt und ausgestattet sind, dass sie von den Menschen auch gerne genutzt werden. Dafür hatte die Linke 30.000€ im Haushalt beantragt. Der Magistrat hat sich auf den Vorschlag eingelassen und 20.000 € bewilligt. Jetzt hoffen wir auf die baldige und ideenreiche Umsetzung unseres Antrags. Wir beteiligen uns gerne bei der Gestaltung.

Keine Verdrängung ins Umland

In Karben sind die Mieten stark gestiegen. 2025 bezahlte man in allen Stadtteilen über 12 € für einen m². Nur Burg-Gräfenrode liegt noch etwas darunter. Diese Entwicklung kann nur mit einer zureichenden Anzahl öffentlicher Sozialwohnungen gehalten werden. Bezahlbare Sozialwohnungen drücken die Mietpreise, denn man hat eine Alternative zu überpreuerten Privatwohnungen. Deshalb fordert die Linke, dass die Karbener WoBau mehr städtischen Wohnraum schafft.



Herausgeber:
DIE LINKE. Wetterau
ViSdP.: Gabi Faulhaber
Petterweil. e-mail:
info@die-linke-wetterau.de
Infos zur linken Politik
im Wetteraukreis
finden Sie auf
www.die-linke-wetterau.de

Bodenbevorratung ermöglicht Wohnraum

Oft fehlt es den Kommunen an Flächen zum Bauen. Oder sie haben zu wenig eigene Immobilien, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb stellte die Linke einen Antrag, mehr Geld für Ankäufe in den Karbener Haushalt einzustellen.

Die Linke hat beantragt, in den kommenden fünf Jahren sukzessive die finanziellen Mittel für den Haushaltsposten „Grundstückerwerb“ aufzustocken, so dass dann jährlich 1 Million Euro zur Verfügung stehen.

Bodenbevorratung hat viele Vorteile

1. Steuerung der Siedlungsentwicklung: Damit Karben geplant und ohne Wildwuchs wächst.
2. Es wird sichergestellt, dass Flächen für wichtige öffentliche Vorhaben vorhanden sind.
3. Bodenbevorratung ermöglicht es, sozialen Wohnungsbau zu fördern und selbst Wohnungsbau zu betreiben. Auch Nachverdichtungen sind dadurch eher möglich.
4. Karben kann von der Wertsteigerung des Bodens finanziell profitieren und die Gewinne reinvestieren.

Der Haushalt 2026 zeigt, dass der gezielte Verkauf von Grundstücken eine wichtige Einnahmequelle ist. 5. Karben liegt in der Metropolregion Rhein-Main und die Grundstückspreise steigen. Das wird oft für Spekulation genutzt. Kommunale Bodenbevorratung wirkt Spekulationen und künstlicher Baulandverknappung entgegen.

Aufstockung der Mittel

Bisher waren für Ankäufe jährlich 250.000 Euro im Haushalt eingestellt. Für den Haushalt 2026 wurde dieser Betrag verdoppelt. Die Linke findet es richtig, wenn in Karben Standortpolitik für Gewerbeflächen gemacht wird. Aber wir werden uns besonders dafür stark machen, dass bezahlbarer Wohnraum entsteht. Das ist nämlich ebenfalls Standortpolitik!